

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

10.7.1924 (No. 159)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amund
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige weiser Beteiligung und Konsumvermögen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 6 bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Hochmals die Politik der Deutschen Volkspartei

Die „Badische Presse“ befaßt sich in ihrer gestrigen Abendausgabe mit der Tatsache, daß nicht nur die „Karlsruher Zeitung“, sondern auch andere Blätter die zweite (innerpolitische) Resolution der Zentralvorstandsführung vom letzten Sonntag als eine erneute Aufforderung zum „Vürgerblut“ gedeutet hatten. Die offenbar über die internen Vorgänge in der Partei besonders gut unterrichtete „Badische Presse“ tritt dieser Deutung entgegen und bestreitet ihre Richtigkeit. Das geschieht in Ausführungen, die so bedeutsam sind, daß wir sie hier im folgenden wiedergeben wollen. Das Blatt schreibt: „Die zweite in Frankfurt gefasste Resolution, die sich mit der Koalitionsfrage beschäftigt, wird fälschlich so gedeutet, als ob eine Gruppe, die in Opposition zum Reichsaußenminister Dr. Stresemann stehe, dem Wunsch nach Erweiterung der Koalition durch baldige Einbeziehung der Deutschnationalen Ausdruck geben wollte. Demgegenüber ist festzustellen, daß die angenommene Resolution den Charakter einer Zurückweisung dieser oppositionellen Wünsche in sich schließt. Eine Entschließung in diesem oppositionellen Sinne, die übrigens nur von verschwindend wenigen Vertretern befürwortet wurde, ist von Stresemann u. der überwältigenden Mehrheit des Parteivorstandes mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden. In der angenommenen Resolution darf nicht übersehen werden, daß die „Zusammenarbeit aller Volkskräfte“ gefordert wird, die auf dem Boden des Schutzes der Privatwirtschaft eine gesunde nationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik treiben“. Das schließt einmal nicht aus, daß die Sozialdemokraten unter Umständen auch in dieser Zusammenarbeit beteiligt sind, wenn sie für die Dauer dieser Zusammenarbeit das Verlangen nach sozialistischen Experimenten zurückstellen können, und es ist gewiß nicht mehr zu verkennen, daß ein nicht mehr ganz unbeträchtlicher Teil der Mehrheitssozialdemokraten eine zwar radikal sozialreformatorische Gruppe, die aber die Privatwirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft anerkennt, geworden ist. Zum anderen darf das Wortchen „auf die Dauer“ in der angenommenen Resolution nicht übersehen werden. Der Zentralvorstand war übereinstimmend der Meinung, daß vor einem gesicherten Ergebnis der bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen und Aktionen Koalitions-Experimente nach der einen oder der anderen Richtung hin nicht unternommen werden dürften. Der Führer der Preußenfraktion der Volkspartei erklärte bindend, daß die Fraktion unter keinen Umständen früher etwas unternehmen würde als bis der Außenminister sein vollkommenes Desinteressement an innenpolitischen Veränderungen im Reichsparlament erklärt habe. Auch darin herrschte vollkommene Übereinstimmung, daß selbst später, wenn das Primat der Außenpolitik etwas zurückgetreten sein wird, die Initiative zu neuen Koalitionsverhandlungen von denen ausgehen muß, die in die Regierung hineinwollen, und daß die Bedingungen des Eintritts angemessen sein müssen. Auch zu einem späteren Zeitpunkt werden die außenpolitischen Zusammenhänge es kaum gestatten, daß eine Flügelpartei die Führung übernimmt. Die Führung muß bei den bisherigen Regierungsparteien bleiben, die den Fern jeder Regierungsbildung abzugeben haben. Es herrschte vollkommene Übereinstimmung darüber, daß eine Übergabe vom Kanzleramt oder Außenministerium an eine neu in die Koalition eintretende Partei unter keinen Umständen in Frage kommen könne.“

Soweit die „Badische Presse“. Wir nehmen von ihrer Richtigstellung mit Interesse Kenntnis. Besser wäre es aber gewesen, wenn der Zentralvorstand, wenn die Dinge so liegen, wie sie hier geschildert werden, der Resolution von vornherein einen klaren und Mißverständnisse ausschließenden Wortlaut verliehen hätte. Denn die betreffende Resolution ist ziemlich allgemein im Sinne eines Bekenntnisses zur „Vürgerblut-Politik“ gedeutet worden, die ihre Front gegen die Sozialdemokraten richtet.

Übereinkommen zwischen Herriot und Macdonald

Das Ergebnis der Pariser Besprechung
Macdonald hat am gestrigen Mittwoch nachmittag Paris wieder verlassen und die Rückreise nach London angetreten. Ein französisch-englisches Kommuniqué über die Pariser Besprechungen besagt u. a.:

Die britische und die französische Regierung haben sich geeinigt, den alliierten Regierungen eine Note zu übermitteln, deren Schlußfolgerungen sie ihnen zur Annahme empfehlen. Darnach bewirkt die Londoner Konferenz die Regelung und Intraffizierung des Sachverständigenplanes und die Entscheidung der Fragen, deren Lösung den interalliierten Regierungen zusteht. Die beiden Regierungen erkennen die Wichtigkeit, einen Zustand des Vertrauens herbeizuführen, der die notwendigen Bedingungen verschafft, aber sie sind nicht der Ansicht, daß diese Notwendigkeit mit der Innehaltung der Bestimmungen des Vertrages unvereinbar sei. Die Erklärung wird wiederholt dann die Vorgeschichte der Einziehung des Sachverständigenkomitees und des Sachverständigenplanes und stellt weiter fest, daß die beiden einigangs erwähnten Regierungen über folgende Punkte einig geworden sind:

Am 16. Juli tritt in London eine Konferenz zusammen. Die beteiligten Regierungen werden zuerst für ihren Teil die Annahme der Entschlüsse des Dawes-Planes bestätigen. Die zustande gekommenen Abmachungen dürfen die Autorität der Reparationskommission nicht beeinträchtigen. Da aber den Zeichnern der Anleihe von 500 Millionen Goldmark und den Obligationsträgern Garantien besorgt werden müssen, werden beide Regierungen ihre Anstrengungen vereinigen, um die Anwesenheit eines Amerikaners in der Reparationskommission zu erreichen, für den Fall, daß letztere eine deutsche Besetzung feststellen sollte. Sollte diese Lösung unmöglich sein, und die Reparationskommission sich über die Beurteilung der Tatsachen nicht verständigen können, so würden die beiden Regierungen vorschlagen, daß die Reparationskommission einen Generalagenten zu Reparationszahlungen hinzuzieht, der amerikanischer Staatsbürger sein soll. Eine vorläufige Besetzung von Bedeutung würde alsbald die Frage der Loyalität Deutschlands aufwerfen. Sollte die Reparationskommission eine derartige Besetzung feststellen, so würden sich die beteiligten Regierungen verpflichten, sich sofort über die Mittel zu verständigen, mit deren Hilfe die Maßnahmen ins Werk gesetzt werden sollen, worüber sie sich zu ihrem eigenen Schutze und zum Schutze der Geldgeber geeinigt haben.

Der Plan, auf Grund dessen die deutsche Wirtschafts- und Finanzunion wieder hergestellt wird, sobald die Reparationskommission feststellt, daß der Dawes-Bericht zur Ausführung gelangt ist, wird von der interalliierten Konferenz fortgesetzt werden. Die Vorschläge zu diesem Plan sollen von der Reparationskommission der interalliierten Konferenz unterbreitet werden. Etwas notwendige Veränderungen am Sachverständigenplan könnten nur mit allen erforderlichen Garantien zwischen den beteiligten Regierungen vorgenommen werden. Zur Einziehung von Reparationszahlungen werden die Alliierten ein Spezialorgan schaffen, das den beteiligten Regierungen ein Gutachten über ein System zwecks Aufbarmachung der deutschen Zahlungen übergeben soll. Jede Rechtsschwierigkeit, die sich anlässlich der Interpretation des vorstehenden Textes ergeben sollte, wird an die Rechtsachverständigen der beiden Regierungen verwiesen werden.

Die beiden Regierungen haben einen vorläufigen Meinungs- austausch über die Frage der interalliierten Schuldens ge- pflogen. Hierzu erklärt die englische Regierung, daß sie mit den interalliierten Regierungen einer gerechten Lösung zustreben werde. Diese Frage werde zum Zwecke einer ersten Prüfung an die Sachverständigen der Finanzverwaltung überwie- sen. Desgleichen haben die beiden Regierungen einen vorläufigen Meinungs- austausch über die übrigen Fragen vorgenommen. Sie haben festgelegt, in welchem Grade die öffentliche Meinung die Verstellung eines völligen Friedens wünsche, und sie sind darüber einig, daß sie dieses Ziel mit den besten Mitteln anstreben werden, bis das Problem der allgemeinen Sicherheiten der Nationen eine endgültige Lösung findet.

Für heute ist der französische Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik einberufen.

Ein französischer Kommentar

Die Havasagentur veröffentlicht dazu einen offiziellen Kommentar, der daran erinnert unter welchen Bedingungen der Sachverständigenplan zuerst von der Reparationskommission und dann von den Regierungen gebilligt worden ist. Die Letzteren sind allein in der Lage, seine Ausführung zu sichern. Gerade dies wird der Gegenstand der Londoner Konferenz sein. Auf diese Weise wird Deutschland die Zahlung der Reparationen wieder aufnehmen und die Alliierten werden wieder zu einer gemeinsamen Aktion gelangen in der Londoner Konferenz, in der diesmal die Vereinigten Staaten mitzuarbeiten bereit sind. Die Kompetenzen der Reparationskommission müssen in allen Punkten gewahrt werden. Der Vorschlag, die etwaigen Verzögerungen Deutschlands durch ein neues Organ, wie den Finanzausschuß des Völkerbundes, feststellen zu lassen, ist also völlig aufgegeben worden. Indessen haben nach dem Sachverständigenplan selber die Alliierten und die neutralen Geldgeber, die zur Erfüllung der Forderungen an Deutschland beitragen, ein Unrecht auf wirksame Garantien. Zu diesem Zweck soll sich die Reparationskommission einen Amerikaner beordnen für den Fall einer deutschen Besetzung. Erläutert man das, so hofft, daß die finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Bewirtschaftung des Sachverständigenberichts von kapitaler Wichtigkeit sein wird, und man muß daher den Geldgebern

Deutschlands jede erdenkliche Sicherheit bieten. Andererseits ist die Anwesenheit eines Amerikaners in der Reparationskommission keine Neuerung des Friedensvertrages, da dieser vielmehr die ständige Beteiligung eines amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission von Anfang an vorgesehen hat. In englischen Kreisen hat man sich dann ja auch in der Vergangenheit stets auf die Tatsache gestützt, daß die Reparationskommission normalerweise fünf Mitglieder, einen Franzosen, einen Engländer, einen Amerikaner, einen Italiener und einen Belgier umfassen muß, und gegen die auf Grund des Entschlusses des Präsidenten mit 2:2 Stimmen getroffenen Beschlüsse protestiert, seitdem der amerikanische Delegierte in der Reparationskommission nur noch als Beobachter fungierte. Sache der Reparationskommission wird es auch sein, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem der Sachverständigenplan in Kraft tritt und die Bedingungen für seine Intraffizierung im Einverständnis mit der Londoner Konferenz vorzubereiten. Für den Fall einer vorläufigen Besetzung Deutschlands bekunden die englische und die französische Regierung die Absicht, sich mit sämtlichen anderen Alliierten wegen der erforderlichen Maßnahmen zu verständigen. Dies ist eine politische Garantie, deren Wichtigkeit man nicht übersehen kann.

Die Note enthält schließlich zwei Versicherungen von kapitaler Bedeutung über die Frage der interalliierten Kontroll- und Sicherheitsfrage, die von Macdonald und Herriot offiziell angeknüpft worden sind. Schon jetzt verpflichtet sich die englische Regierung, mit den beteiligten Mächten über die Möglichkeit einer Lösung zu verhandeln. Interalliierte Finanzsachverständige werden also diese Arbeit unverzüglich aufnehmen. Gleichzeitig sollen Garantien im Interesse der Sicherheitsfrage besetzt werden. Diese letzteren beiden Fragen werden natürlich auf der bevorstehenden Londoner Konferenz mitbehandelt werden; aber die Rechte Frankreichs bleiben durch die Verbindung, die auf diese Weise zwischen ihrer Lösung und der Lösung der Reparationskommission aufrecht- erhalten wird, vollständig vorbehalten.

Die Agentur fügt hinzu, Deutschland werde nicht zur Konferenz am 16. Juli hinzugezogen werden, deren Vorbereitung bereits am kommenden Montag unter den französischen und englischen Sachverständigen beginnen werde. Es scheint aber, als wolle die Reparationskommission nicht mit der interalliierten Konferenz an Ort und Stelle zusammenarbeiten.

Amerika sträubt sich

BBW. London, 10. Juli. Neuter berichtet aus Washington: Einige amerikanische Regierungsvertreter erklären, daß, wenn sie auch mit ihren offiziellen Kommentaren zurückhalten bis vollständige Informationen vorlägen, die Vereinbarung zwischen Macdonald und Herriot, durch die die Vereinigten Staaten eine volle Stimme in der Reparationskommission im Zusammenhang mit der Anwendung des Dawes-Berichtes zu erhalten würden, von amerikanischem Standpunkt unannehmbar sei.

*

BBW. New York, 10. Juli. Wie die Associated Press aus Washington erfährt, führten die Anzeichen, daß eine Verständigung über das Programm der interalliierten Londoner Konferenz erfolge, zu dem Entschluß, Houghton sofort nach Berlin zurückkehren zu lassen. Von Beamten des Weißen Hauses wurde erklärt, ob Deutschland offiziell auf dieser Konferenz vertreten sei oder nicht, so würde die Konferenz doch das ganze Reparationsproblem auslösen. Dabei wäre es wünschenswert, daß Amerika seinen wohlinformierten Vertreter in Berlin habe.

Englische Pressestimmen

„Daily Mail“, die Macdonald zu dem, was er in Paris erreichte, beglückwünscht, gibt zu, daß die Regelung, soweit sie augenblicklich beurteilt werden könne, den meisten Forderungen Frankreichs zustimmen scheint, fügt aber hinzu, solange jedoch die Regelung auf die Erreichung eines dauernden Friedens hinführe, sei es einerlei, woher sie komme. Die Vergan- genheit der Reparationskommission, so heißt es weiter, sei keineswegs sehr ermutigend. Man könne nicht mit großer Hoff- nung oder Begeisterung eine Betonung der Befugnisse und ihre Stellung ansehen; aber wenn dies der Preis sei, den die französische öffentliche Meinung für die Aufgabe der besetzten deutschen Gebiete fordere, so sei das ein verhältnismäßig bil- liges Verlangen. Ein französischer Friede sei nicht notwen- digerweise ein schlechter Friede. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Macdonald kehrt aus Paris mit einer neuen Formel zurück, in der der französische Einwand gegen die Abhebung der Reparationskommission anerkannt wird. Es wird vielleicht Herriots Stellung retten, was ja der Zweck seiner Reise war. Vor ihrer endgültigen Beurteilung müssen jedoch die neuen Vorschläge im einzelnen geprüft werden und auch die Gat- tung Deutschlands ihnen gegenüber festgestellt werden. Der Pariser Berichterkatter des „Daily Herald“ schreibt, Macdo- nald habe die Befriedigung, zu wissen, daß seine ständige Arbeit in Paris viel dazu beigetragen habe, Herriots Mini- sterium vor einem frühzeitigen Sturz zu retten.

Ein polnisch-russischer Zwischenfall. In Warschau zog sich während eines Straßenauflaufs der Sekretär der Sowjetbot- schaft einige Verletzungen zu. Der Minister des Ausßen, Samohski, von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt, begab sich in die Sowjetgesandtschaft und sprach dem dortigen russischen Gesandten Dolinski sein Bedauern über den Vorfalle aus. Die Behörden leiteten eine strenge Untersuchung der Ange- legenheit ein, um Ursache und Charakter des Vorfalles auf- zuklären.

Politische Neuigkeiten

Für Republik und Reichseinheit

Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes erläßt zum Verfassungstag unter dieser Überschrift folgenden Aufruf:

Zum fünften Male jährt sich der Tag, an dem Deutschland sich durch seine Weimarer Nationalversammlung die republikanische Verfassung gab. Und zehn Jahre sind verfloßen, seitdem das furchtbare Geschehen des Weltkrieges seinen Anfang nahm.

In dem hastenden Treiben unserer Zeit müssen wir uns doch besinnen auf die Merkmale deutscher Geschichte, die durch jene beiden Erinnerungen gekennzeichnet sind. Aus dem furchtbaren nationalen Zusammenbruch, den niemals ein Volk durch die Schuld seiner Führer erdulden mußte, ward in langsame und zäher Arbeit die Grundlage geschaffen, um die Einheit des deutschen Volkes zu retten und seine Freiheit wieder zu gewinnen. Aber eben nur die Grundlagen sind bisher gelegt; nur die Voraussetzungen für das Gelingen der Rettung und Befreiung sind bisher geschaffen.

Nach ist vieles zu tun. Noch muß sich die junge deutsche Republik Achtung und Anerkennung im Innern und im Ausland erringen.

Aber das schwere Werk der staatlichen Neugestaltung des Deutschen Reiches, der geistig kulturellen Umbildung und Wandlung des deutschen Volkes muß vollendet werden.

Wir müssen heraus aus der geistlosen Atmosphäre des bloßen Machtdünkels, und wir müssen uns erfüllen mit dem Gedanken der Freiheit und Gerechtigkeit. Wir müssen der Welt und dem eigenen Volke zeigen, daß der Gedanke der Republik in Deutschland lebendig ist.

Der 5. Jahrestag der deutschen Reichsverfassung muß in allen Teilen Deutschlands von den deutschen Republikanern festlich begangen werden. Kein überflüssiges, uns volksfremdes Gerede verleihe uns in diesen Stunden, sondern der Gedanke, daß der 11. August für die deutschen Republikaner ein Tag des Gedenkens und des Gelobens sein muß.

Ein Tag der Erinnerung an die schon geleistete Arbeit beim Wiederaufbau unseres Staates, ein Tag des Gelobens, in unerschütterlicher Treue zusammenzustehen, um das Werk von Weimar — die deutsche Republik und die Einheit des Reiches der Völkern und Größe entgegenzuführen.

Republikaner, schließt die Reihen!
Auf zum Festtag der deutschen Republik!
Dr. Konrad Haenisch, Staatsminister a. D., Wiesbaden.
Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D., Berlin.
Dr. Knapp, Oberbürgermeister, Nürnberg.

Eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges

Wie bereits mitgeteilt, hat die Reichsregierung beschlossen, am 8. August anlässlich der 10jährigen Weimarer Reichsverfassung eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges zu veranstalten. Zweck und Gedanke der Feier ist, der Gerechtigkeit vor den Gefallenen und dem Dank für die Opfer, die das ganze deutsche Volk im Kriege gebracht hat, Ausdruck zu geben. Mit der Politik hat die Feier nichts zu tun. Für Berlin findet vor dem Reichstagsgebäude eine öffentliche Feier statt. Die beiden Feldproben werden Gedenkreuzen fallen. Der Reichspräsident wird in kurzen Worten der Bedeutung des Tages gedenken und einige Minuten vor 12 Uhr beginnen die Kirchenglocken zu läuten. Punkt 12 Uhr setzt ein allgemeines Trauern um die Kriegsoffer gewidmete Schweigen von 2 Minuten mit allgemeiner Verehrung ein, sodann gehen die Flaggen in die Höhe. Der ursprüngliche Plan, die Feier mit der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals für die Gefallenen zu verbinden, mußte aufgegeben werden. Der Gedanke einer Errichtung eines solchen in einfachen Formen zu haltenden Erinnerungsmales bleibt jedoch bestehen. Zur Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel soll am Gedenktage eine Volksversammlung angeregt werden. Ähnliche Feiern wie in Berlin sollen im übrigen Reich abgehalten werden. Die Verhandlungen mit den Länderregierungen sind aufgenommen. Um die in Betracht kommenden Verbände und Organisationen über das Programm der Gedenkfeier zu unterrichten und mit ihnen ihre Beteiligung daran zu erörtern, fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung statt.

Der württembergische Staatspräsident zur Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten

In der Konferenz der Ministerpräsidenten hat der württembergische Staatspräsident Magille nach einer im württembergischen „Staatsanzeiger“ erschienenen Mitteilung etwa folgendes ausgeführt:

Die Hoffnung, daß das Sachverständigengutachten Europa den Frieden bringen werde, könne er vorläufig nicht teilen. Tatsächlich befindet sich jedoch die öffentliche Meinung in den drei Demokratien des Westens in diesem Glauben. Ein Widerstand hiergegen sehe einmütige Entschlossenheit des deutschen Volkes voraus. Da statt dessen Deutschland von Parteien zerrissen sei und die Wirtschaftslage immer gefährlicher werde, so bleibe nichts anderes übrig, als das Gutachten zur Grundlage der internationalen Verhandlungen zu machen. Die Grenzpunkte seien dabei eine selbstverständliche Voraussetzung. Man müsse aber auch fragen, wie sich unsere gegen die Aufbringung der Mittel denken. Bei der Rolle der Landwirtschaft und des Lichtstundentages seien die vorgesehenen Leistungen jedoch ganz unmöglich. Vor allem aber müsse die moralische Grundlage der Leistungen bestritten werden durch das Verlangen, die Kriegsschuldfrage einem unparteiischen Gerichtshof zu überweisen. Es bestehe sonst die Gefahr, daß auch die Londoner Konferenz eine Episode bleibe. Die württembergische Regierung wolle die Schwierigkeiten, denen sich die Reichsregierung gegenübersehe, nicht vermehren. Es müssen aber auf der anderen Seite alle Möglichkeiten, eine erträgliche Lösung für Deutschland zu erzielen, ausgeschöpft werden.

Die Militärkontrolle

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde die Antwort der Botschafterkonferenz auf die deutsche Note in der Militärkontrollfrage übermittelt. Sie nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die deutsche Regierung sich mit der geforderten Allgemeinrevision einverstanden erklärt. Bei aller Rücksicht auf die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Kontrolloperation wünsch die Konferenz jedoch, sich auf den 30. September als Schlusstermin der Revision nicht festzulegen.

Der Gesetzentwurf über Zölle u. Umsatzsteuer

Zu den Nachrichten über den dem Reichstag zugeleiteten Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer" erzählt die „Frankf. Zig.", daß sich die geplante Aufhebung der vorübergehenden Einfuhrerleichterungen nicht allein auf Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Schafe und Federvieh sondern auch auf Rindvieh, Schweine, Fleisch, Schweinefleisch, Geflügel und Fischerei erstreckt. Die Nummern 105 und 111 des Zolltarifs, nämlich Riegen und Gaurwid, fallen nicht unter diese vorstehende Neuordnung der Schutzollgesetzgebung. Im übrigen wird von zuständiger Seite auf die Feststellung Wert gelegt, daß die Durchfüh-

zung des Gesetzentwurfs in erster Linie abhängig sei von der Annahme und Durchführung des Sachverständigengutachtens.

Das Gesetz will, wie bereits angekündigt wurde, eine weitere Erleichterung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsförderung verhindern, sowie den Schutz der heimischen Landwirtschaft überhaupt gewährleisten. Vor allem handelt es sich, angesichts des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und zur Erzielung einer gleichmäßigen Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt eine Gesetzgebung herbeizuführen, die die Preisunterschiede zwischen ausländischen und inländischen Produkten für den Fall des bald zu erwartenden Eintritts fester Wirtschaftsgrenzen ausgleichen und auf einer für die heutige Produktion erträglichen Höhe halten. Hand in Hand damit müsse natürlich eine steuerliche Erleichterung auf dem Gebiete der Verbrauchsbelastung geschaffen werden.

Zur Bewirkung dieser Absichten ist die Reichsregierung überreingelommen, die schon angekündigte Ermäßigung der Umsatzsteuer mit der Regelung der Zollschutzgesetzgebung zu verbinden. Der Entwurf sieht für die oben erwähnten Waren die Wiedereinführung der autonomen Zölle nach dem Zolltarif vom 26. Dezember 1902 vor, unter gleichzeitiger Ermäßigung der Regierung, die Zollsätze auf die Höhe der frühesten Vertragsätze herabzusetzen. Der Entwurf bestimmt weiter, daß die Geltendmachung des Gesetzes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen vom 21. Juni 1921 mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1926 verlängert wird. Ebenso soll die Geltendmachung des Gesetzes über die Ermächtigung zu vorübergehenden Zolländerungen vom 5. August 1922 gleichfalls mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1926 verlängert werden.

In seinem zweiten Teil schlägt der Gesetzentwurf die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 25 auf 2 Prozent vor. Gleichzeitig werden noch einige andere Änderungen des Umsatzsteuergesetzes in Aussicht genommen. Der Entwurf sieht vor, daß die Zollschutzgesetzgebung gleichzeitig mit der Ermächtigung der Umsatzsteuer in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens soll der Entscheidung der Reichsregierung überlassen bleiben. Der Reichsminister der Finanzen soll ermächtigt werden, die für die Umsatzsteuer erforderlichen Übergangsbestimmungen zu erlassen.

Ein Nachklang zum Deutschen Tag in Halle

Der Karlsruher „Volkstreu“ berichtet über ein Schreiben, das jetzt in der großen Organisation „Stahlhelm“ allgemein bekannt geworden ist und zitiert daraus folgendes:

„Kameraden! Als wir am 11. Mai zum Deutschen Tag nach Halle fuhren, glaubten wir, der Tag werde vom Frontgeist wie echter Kameradschaft beherrscht sein. Nicht eine Werbeveranstaltung für eine bestimmte politische Richtung sollte es sein, zu was oft genug die Deutschen Tage mißbraucht werden, sondern ein Tag der deutschen Frontsoldaten. Was mußten wir aber erleben? Ein großer Teil ehemaliger Offiziere erschien nicht im feierlichen Ehrenkleid, sondern in den glänzenden und prunkenden Uniformen des Friedensheeres, deren Unsinngigkeit wir Frontsoldaten kennen. Im Dreck und Schmutz der Schützengräben sahen wir diese Uniformen nie. Ist es Frontgeist, der sich in ihnen ausdrückt? Der Eindruck ließ sich nicht verwischen, daß es den Trägern darauf ankam, Eindruck zu machen, die Aufmerksamkeit der hohen Weisheit und der Jugend, die nie den Graben sah, auf sich zu lenken.

Was es richtig, einen besonderen Höhepunkt des Tages im Saale des Hotels Stadt Hamburg in Form eines Festessens zu schaffen und dazu Einladungen in einer Weise ergehen zu lassen, die — wie die ganze Aufmachung — ganz nach Etappe aussah, jedenfalls nicht eine Spur von Frontgeist, von Kameradschaft gar nicht zu reden, aufwies. So wenig wie diese ganze Sonderveranstaltung war es im Frontgeist gehandelt, wie man bei der Auswahl der Einzeladressen bemerkte. Besser als alle Worte drückt die Tischordnung für das Festessen im Hotel Stadt Hamburg den Geist aus, der in den Veranstaltungen und wohl auch in einem großen Teile der Teilnehmer lebt.

Für die Veranstalter ist bezeichnend, daß nicht einmal unter 1. Bundesvorsitzender, Kamerad Selbte, für würdig erachtet wurde, in der hohen Gesellschaft zu weilen. Dabei hat der Stahlhelm die Namen der Teilnehmer gestellt, die Kosten zum großen Teil aufgebracht, die vorbereitenden Arbeiten im wesentlichen geleistet. Die Gründe für die offensichtliche und gewollte Kaltstellung des Stahlhelmvorsitzenden sind mannigfache. Selbte ist ein gewöhnlicher Kaufmann, den man mit „E. Kgl. Hoheit“ nicht an einen Tisch setzen kann. Selbte fehlt die richtige „nationale Einstellung“; er ist nicht völkisch genug; er hat es gewagt, während des Wahlkampfes ein Hoch auf seinen Parteifreund Stresemann auszubringen. Darum ist er in Halle ausgelassen worden. Er durfte gerade noch mit seinen Stahlhelmmännern vor „E. Kgl. Hoheit“ und der Generalität Parade machen klopfen. An die Tafel wurde an seiner Stelle Oberleutnant Duesterberg geladen, der „national viel zuverlässiger“ ist. Duesterberg sah neben Ludendorff, womit dem popeligen Franz Selbte ein Wink gegeben wurde, wen man an Höchster und Allerhöchster Stelle als den Führer des Stahlhelm ansieht.

Das ist die Fortsetzung der Verjagung, unsern Stahlhelm in eine bestimmte Richtung zu drängen, wie es vielerorts schon gelungen ist. Ganz systematisch wird die Führung des Stahlhelms in die Hände einer bestimmten Art von Offizieren gespielt, während die Kleinarbeit von anderen Leuten geleistet werden muß und die Masse der Kameraden mehr und mehr nur noch als Staffage dient. Im Stahlhelm soll es keine Unterschiede geben. Der Musterler soll in Kameradschaft mit dem höchsten Offizier verbunden sein. Dem scheint aber nicht mehr so zu sein! Wie wir in Halle beobachtet worden sind, erinnert jedenfalls sehr stark an die „berühmten“ Beschäftigungen hinter der Front!

Das Treiben gegen unsern Kameraden Selbte, der jedenfalls mehr vom Kriege gesehen hat als mancher der Herren, die sich es an der Tafel wohl sein ließen, während wir alten Frontsoldaten stundenlang auf den nassen Wiesen stehen mußten, dürfen wir nicht länger mehr dulden. Wir haben jedenfalls einen andern Begriff von Frontgeist und Kameradschaft und wollen auch in der Zukunft die alten Stahlhelm-Ideale hochhalten! Wir warnen euch, Kameraden, und fordern euch auf, gegen den Ungeist zu kämpfen, der sich im Stahlhelm breit macht.“

Die Wohnungsnot im besetzten Gebiet

Der Reichspräsident wird, laut „Vorwärts“, zur Linderung der Wohnungsnot im besetzten Gebiete in wenigen Tagen eine Verordnung erlassen, die ähnlich gehalten sein soll wie die Verordnung vom Juni vorigen Jahres zur Sicherstellung von Wohnräumen für die Vertriebenen im unbesetzten Gebiet. Trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten im besetzten Gebiet, rechnet man doch mit einem Erfolg der Verordnung. Wie das Blatt weiter meldet, hat die Organisation der Eisenbahner eine überflüssige Rückkehr der Ausgewiesenen herbeizuführen. Inzwischen haben die Eisenbahner zum Zwecke der Regelung der Rückkehr eine eigene Organisation geschaffen und auch an den Übergangsstellen zum besetzten Gebiete Vertretungen eingerichtet.

Das „Niemeler Dampfboot“, eine der bekanntesten Zeitungen des abgetrennten deutschen Ostens feierte dieser Tage sein 75jähriges Jubiläum. Die uns vorliegende Nummer zeugt von der Bedeutung und Leistungsfähigkeit dieses deutschen Blattes, das nun zur „auslandsdeutschen“ Presse zu zählen ist. Die typographisch musterhaft ausgestattete Nummer enthält auf nicht weniger als 56 Seiten zahlreiche außerordentlich lehrreiche Aufsätze aus allen Gebieten des memelländischen Lebens, die von Robert Leubner, dem gegenwärtigen Hauptredakteur eingeleitet werden. Die langjährigen früheren Hauptredakteure des Blattes Ludw. Sobackewer (jetzt Berlin) Franz Dau (jetzt Breslau) und Carl Aug. Seyfried (der von 1913—1923 das „M. D.“ leitete, und nach seiner Ausweisung durch die Litauer in die Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ eintrat), sind in der Jubiläumnummer gleichfalls mit Beiträgen vertreten.

Kurze Nachrichten

Der Achtstundentag. Den Berliner Blättern zufolge haben die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beschlossen, am den Achtstundentag als normale Arbeitszeit in Deutschland herbeizuführen, eine besondere Kommission der freigewerkschaftlichen Bundesverbände einzusetzen, in der die zu erzielenden Maßnahmen erörtert werden sollen.

Elfaß-Verbringen. Der französische Senat hat die Interpellationen über die Ausdehnung der allgemeinen französischen Gesetzgebung auf Elfaß-Verbringen auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem Herriot erklärt hatte, daß die Regierung zunächst nur die von der früheren Regierung begonnenen Vorarbeiten weiterzuführen und daß sie keine Entscheidungen treffen werde, ohne dem Parlament Gelegenheit zur Beratung gegeben zu haben.

Der 5. Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau wählte Sinowjew einstimmig zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees weiter. Zum Sitz des Exekutivkomitees wurde Moskau bestimmt.

Die Kämpfe der Spanier in Marokko. Die Kämpfe am Lauffuß in Marokko dauern, wie aus Madrid gemeldet wird, hartnäckig an. Die spanischen Truppen nahmen im Bujonietangriff die Positionen von Lobadardoch. Dagegen gelang es ihnen nicht, das Bergelände von den Aufständischen zu säubern. Die Verluste belaufen sich auf 400 Mann.

Davis demokratischer Präsidentschaftskandidat. Der demokratische Parteikonvent hat, wie aus New York gemeldet wird, jetzt in seiner 108. Abstimmung den früheren Vizepräsidenten Davis zum demokratischen Präsidentschaftskandidat nominiert.

Ein politischer Nord in Palästina. In Jerusalem ist der Führer der antizionistischen Orthodoxie, Dr. De Haan, ermordet worden, der am Tage nach dem Attentat nach Haan fahren wollte, um in London gegen den Versuch einer Zwangsorganisation der jüdischen Gemeinde in Palästina zu protestieren. Eine Anfrage im englischen Unterhaus will wissen, welche Schritte die Regierung zur Auffindung der Mörder getan hat.

Die Militärrevolte in Brasilien. Nach einer Havasmeldung aus Washington ist dem Staatsdepartement von der amerikanischen Botschaft in Rio de Janeiro mitgeteilt worden, daß die brasilianischen Truppen Sao Paulo besetzt haben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Besanftschlag des Kultus- und Unterrichtsministeriums wurde auch am Dienstag im Haushaltsausschuß weiterverhandelt. Der „Reob.“ berichtet darüber:

Nach einmal wies ein Zentrumredner auf die drohende Gefahr hin, durch einen unentbehrlichen Zustrom zu den höheren Lehranstalten ein gewisses Proletariat zu schaffen. Der Minister erklärte, daß gerade bei den Volksschulen der Weg aus mittleren und unteren Klassen besonders stark sei und sich also viel von selbst reguliere, namentlich, sobald man für den Schülerkreis, der von vornherein kein Volkstudium wolle, einen geeigneten Schulplatz habe. Ubrigens bereite sich in Deutschland langsam eine geistige Umstellung vor, die die Vorherrschaft der gelehrten Berufe zugunsten der praktisch-gewerblichen Berufe verführe, so daß die Gelehrtenberufe aus ihr dadurch, wo der eine Entlastung erfordere. Man müsse also 1. die Oberstufe der Volksschule ausbauen, 2. die mittlere Weite anders begrenzen und das Fachschulwesen (Gewerkschule, Handelsschule usw.) ausbauen unter Einschluß des allgemein schulpflichtigen. Ein Zentrumredner kam in eindringlichster Weise auf den schon immer empfohlenen Weg zurück: höhere Anforderungen für die Oberklassen und neben dem Abitur, das zur Unvergleichlichkeit berechtige, ein solches Zeugnis, das nur den vollendeten Schulbesuch nachweise. Für einseitige Begabungen könnten Kompensationen eintreten. Der Minister wies darauf hin, daß die führenden Köpfe vom Lande und den kleinen Städten kämen. Vielleicht müsse man Klimate einrichten, um diese besten Köpfe nicht zu verlieren. Die freiwählenden Räumlichkeiten der Lehrerseminare sollten vorerst zur Aufnahme von Söhnen aus Lehrersfamilien dienen. Das sei ein kleiner Anfang. Auf die Anregung des doppelten Abiturs ging der Minister nicht ein.

Dann entspann sich ein lebhafter Streit über die Einflüsse der Direktoren an sechs- und siebenklassigen höheren Lehranstalten. Es liegt im Interesse der Schule, daß der Leiter nicht immer wechselt, sondern daß ein tüchtiger Direktor auch — ohne person. Beschädigung zu sein — seine Lebensaufgabe in einer möglichst guten Leitung dieser Schulen sieht. Das war die Meinung der Regierung wie des Zentrums, während von demokratischer Seite eine solche Verteilung der Stellen in 12 nach dem Wortlaut des jetzigen Gesetzes als unzulässig erachtet wurde. Der Regierungsvortragende betonte, daß der Gesetzgeber nicht beabsichtigt habe, diese Direktoren den älteren Professoren großstädtischer Anstalten nachzusetzen. Ein Zentrumsantrag, der die Regierung ermächtigt, diese Ämterstellen im Sinne der Miteinbeziehung der Direktoren an sechs- und siebenklassigen Lehranstalten zu verteilen, wurde mit 13 Stimmen angenommen: Demokraten und Sozialdemokraten enthielten sich. Eine Eingabe der Hausmeister wurde der Regierung überwiesen.

Von einer Zentrumrednerin wurde gefordert, daß künftig hin grundsätzlich und praktisch die Verwendung der Lehramtspraktikantinnen an den höheren Mädchenschulen als ein natürliches Recht der Frau und als eine aus pädagogischen Gründen gebotene Maßnahme anzuerkennen sei. Der Zustand an der höheren Mädchenschule in Konstanz, wo sich in einem Lehrkollegium von 19 Köpfen (außer zwei Fachlehrerinnen) nur eine einzige Lehrerin für den allgemeinen Unterricht fände, sei durchaus unannehmbar. Das Studium der Mädchen müsse um ihrer selbst willen betrachtet werden und der Verbotungsbedanke dürfe bei Anstellungen an Mädchenschulen nicht in erster Reihe ausschlaggebend sein. Die Regierung betonte, daß sie bei Stellenbeschäftigungen partiell verführe.

Am Nachmittag gewann die Debatte an Interesse durch eine lebhafteste Aussprache über die immer höher zu werdende

Der Minister begrüßte freudig Ihre Eingebundenheit in das Unterrichtsministerium und damit ihre Loslösung vom rein Handwerkerlichen und ihre lebendige Verbindung mit dem Geistesleben der deutschen Schule überhaupt. Die gewerbliche Frage sei eine Vorkriegsangelegenheit dringender Art geworden. Auch der seit etwa 10 Jahren verwilderten deutschen Sprache solle in der Gewerbeschule neben dem technischen Geschäftsbedarf eine höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Auf die Bemerkung eines Kommunisten, die Kirche sei noch nie eine Freundin der Philosophie gewesen, was bei allen Wissenden ein lautes Lachen auslöste, nahm ein Zentrumredner das Wort, um in glänzenden, knappen Ausführungen dem Angreifer Namen, Werte und Beurteilungen großer katholischer Philosophen nur so vor die Nase zu werfen wie der Mahnung, einiges hierzu zum Selbstunterricht zu lesen. Dem Vortrager, die Kirche habe die soziale Frage nicht gelöst, stellte der gleiche Redner die Tatsache entgegen, daß ja die Kirche im letzten Jahrhundert nicht frei gewesen wäre und deshalb ihre sozialpolitische Tätigkeit nicht zu voller Auswirkung gekommen sei.

Das Budget des gewerblichen und kaufmännischen Unterrichts wies man damit beraten. Ein Zentrumsantrag, den akademisch gebildeten Handels- und Gewerbelehrern einen entsprechenden Anteil zu verleihen, wurde einstimmig angenommen. Die Eingabe der Gewerbe- und Handelslehrer wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Ein sozialdem. Bericht teilt über die Sitzung mit: Von sozialdemokratischer Seite wird festgestellt, daß die Ausübung der Regierung über den Abbau überalterter Direktoren nicht ganz befriedigend sei. Von Regierungseite wurde dann bemerkt, daß man am Ende des Schuljahres, also Ostern 1925 (1), die Frage des „nachträglichen Abbaus“ prüfen werde. Der gleiche sozialdem. Redner protestierte gegen den Geist mancher Geschäftslehre, welche den alten Staat und seinen Militarismus verherrlichen, die Dolchstoßlegende predigen usw. Er verlangte ferner, daß an allen Schulen, welche am 1. August Ferien haben, eine Verfassungsfeier am letzten Tage vor den Ferien stattfinden müsse. Die Regierung sagte zu, daß in den nächsten Tagen ein entsprechender Erlass hinausgegeben werde.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Frage der „mittleren Reife“. Von sozialdem. und Dem. Seite wurde statt dessen ein Aufbau und Ausbau der Volkshochschulen und Fachschulen gefordert. Von Seite des Zentrums wurde eine möglichst strenge geistige Behandlung der Schüler an den höheren Lehranstalten gefordert. Von sozialdem. Seite wird zu den sehr interessanten allgemeinen Ausführungen des Ministers bemerkt, daß alle diese Probleme nur dann wirklich gelöst werden können, wenn durch eine Veränderung der Verhältnisse die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind. Für die aus neuen Schichten stärker zuströmenden armeren, aber begabten Schüler solle durch Staatsinternate gesorgt werden.

Zweiter Weltkampf für polizeiliche Körperausbildung in Karlsruhe

Ausbildung und Stärkung des Körpers ist die Vorbedingung für die Gesundheit und Spannkraft eines jeden Menschen. Bisher mehr aber noch für den Polizeibeamten, an den das tägliche Leben, die Eigenart seines Berufs ganz besonders hohe körperliche Anforderungen stellt. In dieser Erkenntnis treibt unsere badische Polizei Verbesserungen. Aus ihr wachsen auch alljährlich die Wettkämpfe für polizeiliche Körperausbildung heraus, wie sie die badische Polizei in diesen Tagen zum zweiten Male nach den Kriegsjahren als eine Selbstprüfung für die geleistete Jahresarbeit bezieht.

Im Laufe des Mittwochs nachmittag versammelten sich die 600 Teilnehmer aus allen Teilen des badischen Landes in den Räumen der hiesigen Polizeischule. Der Sportplatz des Karlsruher Fußballvereins gegenüber der Telegraphenstation, der Hof des ehemaligen Stadthauses, das Bierordtsbad sind die Orte, wo von Donnerstag bis Samstag sich die Polizei im Einzel- und Mehrkampf auf dem Gebiete des Schwimmens, der Leicht- und Schwerathletik und des Turnens messen wird. All diese Kämpfe gipfeln am Sonntag, den 13. Juli nachm. 3-6 Uhr in einer Hauptveranstaltung auf dem Platz des Karlsruher Fußballvereins, die die endgültige Entscheidung in den verschiedenen leichtathletischen Wettbewerben bringt und der Allgemeinheit gleichzeitig eine Reihe sehr sehenswerter Vorführungen zeigt, die das Wesen polizeilicher Körperausbildung veranschaulichen. Weiter noch erhält der Zuschauer einen kleinen Einblick in moderne Polizeitechnik: Die Polizeihundeschule wird ihre Spür- und Schutzhunde in Ausbildung und Verwendung vorführen. Den Rahmen für die gesamte Veranstaltung gibt ein ausgeglichenes Programm der Vereinigung badischer Polizeimuster.

Ein wie großes und warmes Interesse für die Tätigkeit unserer Polizei gerade auf dem Gebiete der Körperausbildung in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht, bezeugen die zahlreichen Ehrenpreise, die in hochherziger Weise das Staatsministerium, eine große Anzahl badischer Städte, verschiedene hiesige Vereine, Institutionen und Körperschaften stifteten. Wie nun diese Tage und vor allem der Sonntag für den Sportsmann interessante Kämpfe und Entscheidungen bringen, so wird zweifellos auch der Laie, der Nichtsportsmann reize Anregung erhalten und sich so ein gutes Bild von unserer badischen Polizei und ihrer körperlichen Tätigkeit machen können.

Konsulatsdienst

Das Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slawen in München.

Als Nachfolger des Generalkonsuls Milanowitsch ist Herr Vladislav Savitsch zum jugoslawischen Generalkonsul in München ernannt worden. Derselbe wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden einstweilen zugelassen.

Zur evang. Landeskirchensteuer 1924

Zur Zeit werden die evangelischen Kirchensteuerzettel zu- gestellt. Der evangelisch-lutherische Presbiterium teilt / dazu mit:

Zuerst zur wirtschaftlichen Lage der evang. Landeskirche. Am Inflationsjahr 1923 ist es der Landeskirche nicht anders gegangen wie anderen Gemeinschaften und den Privatpersonen: ihr Kapitalvermögen an Wertpapieren und Hypotheken ist entwertet oder aufgezehrt worden; ebenso sind die da- mit hohen Papiermarktschulden der Landeskirche, die ihren

Betriebsfonds darstellten, der Entwertung anheimgefallen und bei der sich überwälzenden Geldentwertung rasch aufgezehrt worden. Die Zuschüsse, die früher zu dem Gesamtschatz der Kirche aus den damaligen Vermögenswerten geleistet werden konnten, sind dadurch zunächst hinfällig geworden. Alles ist deshalb auf den Ertrag der Kirchensteuer gestellt, von deren einigermaßen glattem Eingang die Zahlungen der Landeskirche und damit die Auszahlung der Pfarrgehälter abhängen. Durch den Wegfall der Vermögenswertbeiträge ergibt sich die Notwendigkeit, gegenüber früher erhöhte Steuern zu erheben, um den Gesamtschatz der Kirche, der sich nach dem Landeskirchensteuergesetz noch etwa in Höhe der Vorkriegszeit bewegt, zu decken. Eine weitere Verschärfung der Steuer ergibt sich für zahlreiche Kirchengemeinden dadurch, daß der frühere Reichtum und Wohlstand in weitesten Schichten der Bevölkerung dahingeschwunden ist, so daß die breite Masse stärker von der Steuer betroffen wird, als dies früher der Fall war. Umverkehrt blieb nur der Liegenschaftsbesitz; was dieser abwirft neben den Steuerlasten, das ist noch nicht klar zu schauen. Um ihre Ausgaben zu vermindern, hat die Kirche abgebaut, vor allem in der Verwaltung, und sie tut es weiterhin. Soll und kann auch an geistlichen Stellen abgebaut werden? Würde das nicht eine Einschränkung der Arbeit bedeuten? Und das darf doch die Kirche nicht tun in einer Zeit, wo ihre kräftige Arbeit so bitter notwendig ist. Und jede Gemeinde, die beim Abbau eine Einbuße erleiden müßte, würde sich mit aller Kraft dagegen wehren. So hat der Abbau seine Grenzen.

Die zweite Frage lautet: Auf welcher Grundlage ist die Landeskirchensteuer aufgebaut? Die Ursteuerlisten von 1922 sind die Unterlagen. Aber das ist doch eine veraltete Unterlage. Ganz richtig. Leider können die Listen der Finanzämter für 1924 nicht abgefordert werden. Und andere Listen als die von 1922 gibt es nicht, da endgültige Steuern für 1923 nicht festgelegt wurden. Allerlei Auswege und Voraussetzungen sind erwogen worden. Das Kultusministerium hat die Sache mit den Religionsgesellschaften besprochen: sie müssen alle den gleichen Weg beschreiten. Und andere deutsche Landeskirchen auch. Gewiß führt die Erhebung auf Grund einer veralteten Liste manche Unbilligkeit herbei; wie haben sich doch die Einkommen und Gehältssteuern in den letzten 2 Jahren verändert! Es ist aber Vorsehung getroffen, um Unbilligkeiten, die sich aus der gesetzlich berechneten Steuer ergeben können, nachträglich auszugleichen. Die Zahlung kann in vier Termijnen erfolgen; auf Ansuchen wird noch mehr Erleichterung gewährt.

Mancher wird über die Höhe der Kirchensteuer erstaunt sein, namentlich, wenn er die neue vergleicht mit der für 1923, welche in diesem Frühjahr erhoben wurde. Du mußt nur daran denken, daß diese nur den Bedarf für 1/2 Monate decken sollte, der Ertrag der neuen Steuern aber für ein ganzes Jahr die nötigen Mittel beschaffen soll.

Die Anstalt für Bodenseeforschung

in Staat bei Konstanz beabsichtigt werden ihren Jahresbericht für 1923/24.

In den finanziellen Schwierigkeiten, mit denen auch die Anstalt für Bodenseeforschung in sehr starkem Maße zu kämpfen hatte, sind ihr die Stadt Konstanz, das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts, das badische Ministerium des Innern, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Landesregierung von Vorarlberg und der deutsche Fischereiverband, sowie eine große Anzahl Freunde aus privaten Kreisen mit namhaften Unterstützungen beigebracht. Die Arbeiten auf dem See waren im Berichtsjahr sehr erfolgreich und konnten ohne Unterbrechung das ganze Jahr hindurch durchgeführt werden. Vom 1. März 1923 bis 1. April 1924 wurde der See auf 38 Stationen untersucht so daß durchschnittlich auf jeden Quadratmeter 3 Stationen kamen. Erfreulicherweise konnte auch im Laufe des Jahres zur Veröffentlichung der bisherigen Untersuchungsergebnisse geschritten werden. So erschien im Archiv für Hydrobiologie eine größere Arbeit: Hydrographisch-Biologische Bodenseeuntersuchung I, Ergebnisse der Jahre 1920-1922 von den Mitarbeitern Auerbach, Müller und Schmalz verfaßt. Weitere Untersuchungen sind abgeschlossen oder sind dem Abschluß nahe. An Arbeiten für das kommende Berichtsjahr sind vorgesehen u. a. Strommessungen, systematische Bearbeitung des Kollgehaltes des Sees, quantitative Untersuchung über die vertikale Verteilung des Planktonans in der obersten 5 Meter tiefen Wasserschicht. Das Institut war auch im vergangenen Jahr gut besucht.

Drei neue Rheinstraßenwerke

Die zur Prüfung der Wasserrechtskonzeptionen auf der Strecke vom Staunde des Kraftwerks Baldshut bis zum Staunde des Kraftwerkes Rheinfelds sind kürzlich in Schaffhausen eine badisch-schweizerische Kommission. Es handelt sich um die Erstellung dreier Kraftwerke, nämlich bei Reilingen, bei Dogern und bei Schopfheim. In der Konferenz in Schaffhausen wurde nun mit Baden eine endgültige Einigung erzielt, so daß nunmehr die definitiven Konzeptionsentwürfe vorliegen. Als Konzeptionsentwerber für die einzelnen Werke treten verschiedene schweizerische und deutsche Firmen auf.

Die Kaffater Rede Walter Bloem's

In Kaffat hat am Sonntag der Regimentstag der ehemaligen 40er stattgefunden, wobei u. a. auch der Dichter Walter Bloem, früherer Peterwaffenoffizier des Regiments sprach. Er führte u. a. der „Bad. Presse“ zufolge aus:

Wir, die wir einstmalig unter den Fahnen eines ruhmvollen Regiments in Frieden und Krieg gestanden, haben uns zusammengefunden, um das Gedächtnis unserer ruhmreichen und stolzen Vergangenheit in uns wach zu halten. Wir sind aber nicht so töricht, uns das Phantom eines nahen, rettenden Krieges vorzustellen. Niemand weiß das besser als wir alten Frontsoldaten, daß uns Deutschen nichts weniger als Alles zur Durchführung eines modernen Krieges fehlt. Wir müssen lachen über den Eifer unserer Feinde, die rings im deutschen Lande umherstüpfeln, um sich irgendwo ein Häufchen rosigter Karabiner oder ein paar Infanteriepatronen, eine in einer Scheune versteckte Batterie aufzuspielen. Wir wissen, daß wir völlig, aber auch völlig entauffnet sind, und daß nicht die leiseste Aussicht für uns ist, mit bewehrter Hand die freibehaltenen Eingriffe der Feindeswelt in unseren so läglischen Bestanden abzuwehren. Wenn morgen unsere Feinde beschließen sollten, jene 20 Millionen Deutscher, die noch dem granatenerregenden Barbarenwort des alten Clemenceau zu viel in der Welt sind, abzuschlachten, wir können es nicht hindern und wir wissen und haben es nicht hindern können, daß unsere Feinde von diesen 20 Millionen schon eine ganz stattliche Zahl durch die Hungerplöde, die Ausbreitung und Verarmung zur Strecke gebracht haben. Wir sind nicht so töricht, von einem Helfer zu träumen, der auch nur dem Verhängnis weichen unserer Feinde Einhalt tun könnte, geschweige denn, uns auch nur einen Schatten unserer Macht und unseres einstigen Glüdes zurückzubehalten. Unsere Feinde mögen sich bemühen, unsere Regimentsvereine für eine künftige Mobilmachung. Wer von uns ist hindisch und uner-

fahren genug, um einen Krieg zu wollen oder zu erheben, wie es der Befreiungskrieg von 1813-1815 gewesen ist? Da- mals stand Europa auf, um den Übermut eines einzigen Volkes zu brechen, um die von einem einzigen Mann geschaffene Not und das Joch von uns abzuschütteln. Heute steht ein einziges ausgefaugtes und ausgeblutetes Volk gegen den entschlossenen Willen der ganzen Welt. Nichts, gar nichts ist uns geblieben als einzig das aus der Tiefe unserer Seele kommende Gebet: Herr mach uns frei! ... Das ist der tiefste Sinn eines solchen Kameradschafts wie des heutigen, daß wir einander in diesem Flehen, in dieser Hoffnung, in dieser Zuversicht vereinigen. Doch müssen wir wiederholen: Wir sehen, wir wissen keinen Weg zur Rettung, in dieser tiefen, in dieser Zukunft, die vor uns liegt, hindurchzuarbeiten, hindurchzuleiden, hindurchzuringen, und wir geloben, von diesem Gebet niemals abzulassen, und wir geloben, von diesem Gebet zu der wir uns bekennen in dieser Stunde.

Dazu bemerkt der „Bad. Beobachter“, das Hauptorgan des badischen Zentrums: „Man sieht aus dieser Rede, wie es möglich ist, vaterländischen und kameradschaftlichen Geist besser Art zu pflegen, ohne daß man sich mit Nachthralen lächerlich macht, hinter denen nur die Ohnmacht steht, die daher in Doh- und Nachgefühlen tobt.“

Kommunale Rundschau

Die Zahl der Erwerbslosen im Amtsbezirk Mannheim betrug nach Mitteilung des Mannheimer städtischen Nachrichtenamts am 1. Juli ds. Js. 7479 (5405 männliche, 2074 weibliche). Da am 24. Juni die Zahl der Vollerwerbslosen auf 7706 sich belief, ist ein Rückgang um 227 eingetreten. Die am 1. Juli gemeldeten Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt: Facharbeiter der Metall- und Maschinenindustrie 1429, Facharbeiter im Baugewerbe 107, Arbeiter im Verkehrsgewerbe 551, Hilfsarbeiter 2092, Angestellte im Hand- und Maschinenbau 1016. Gegenüber dem 24. Juni ist in allen Berufsgruppen ein Rückgang eingetreten, mit Ausnahme der Facharbeiter im Baugewerbe, sowie der Arbeiter im Verkehrsgewerbe.

Die Mannheimer Indeziffer. Laut Mitteilung des Mannheimer städtischen Nachrichtenamts beträgt die vom Preisprüfungsamt für den 9. Juli berechnete Indeziffer 1190,0 Milliarden. Da am 2. Juli die Indeziffer 1163,7 Milliarden betrug, ist vom 2. bis 9. Juli eine Erhöhung um 2,3 Prozent eingetreten. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß diesmal — zufolge einer Sonderbestimmung des Statistischen Reichsamts — für zwei Drittel der vorgeschriebenen Kartoffelmenge der Preis für neue Kartoffeln in die Berechnung einbezogen wurde; außerdem ist der Getreidepreis etwas in die Höhe gegangen. Andererseits ist bei der Milch und beim Gemüse eine Preisermäßigung eingetreten.

Das städtische Milchamt in Bruchsal wird mit dem 15. Juli aufgehoben und die Milchversorgung den konfessionierten Milchhändlern überlassen.

Der Voranschlag der Stadt Offenburg für 1924 weist einen Fehlbetrag von 390 000 Goldmark auf. Die Einnahmen, ohne den Ertrag der Umlagen betragen 1 024 400 Mark, die Ausgaben 1 414 400 Mark. Der Stadtrat hat die Umlage auf 60 Goldpfennig festgesetzt von 100 Mark Steuernwert des Grund- und Betriebsvermögens nach dem Stand vom 31. Dezember 1923.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ist wie wir erfahren, der Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium Paul Freiherr von Gl.-Hübner zum Eisenbahnminister zwischen der badischen Regierung und dem Reichsverkehrsministerium in Aussicht genommen.

Verlängerung der Thoma-Ausstellung in der badischen Kunsthalle in Karlsruhe. Angesichts des außerordentlichen Interesses, dem die vorübergehend ausgestellten Bilder Thomass begegnen, ist versucht worden, die auf der Rückseite an ihre Befestigungshaken noch einige Tage länger hier festzuhalten. Demzufolge werden alle Bilder noch bis einschließlich Sonntag, den 13. Juli gezeigt werden. Es sind inzwischen noch 12 weitere Bilder hinzugekommen, darunter 6 Entwürfe zu den großen Bildern des Kapellenraumes, sowie eine Reihe von Studien und Bildern aus der Frühzeit des Künstlers. Die Ausstellung bleibt täglich von 11-1 und 3-5 Uhr geöffnet. Es ist Aussicht vorhanden, einen Teil der Bilder auch über Sonntag hinaus zu einer Thoma-Ausstellung auf einige Zeit hier zu belassen und durch Vorführung ausgewählter Zeichnungen des Meisters zu ergänzen.

Zusammenkunft ehemaliger 238er. Am Sonntag, den 13. Juli, 11 Uhr vorm., findet im „Goldenen Adler“ zu Karlsruhe (Karls-Friedrichstraße) eine Zusammenkunft ehemaliger Angehöriger des R.I.A. 238 statt.

4. Gantag des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten. Im Laufe des heutigen Tages treffen aus allen Teilen des badischen Landes die Delegierten zum 4. bad. Gantag des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen ein.

Städt. Konzerthaus. Heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, finden die zwei letzten Wiederholungen der mit großem Erfolge aufgeführten Operette „Midi“ statt. — Samstag gelangt zum ersten Male der Operettenschwank „Familie Kaffke“ von Hermann Weutten zur Aufführung. Der Komponist, der geborener Badenler ist, ist ja durch seine im vorigen Jahre hier mit großem Beifall aufgenommene Operette „Meine Frau das Fraulein“ kein Unbekannter. Der hübsche, zeitgenössische Schwank wurde in Köln über hundertmal aufgeführt. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Polm, Kunze, und Jabel, sowie den Herren Geiger, Gerhards, Koll, Steidl und Siebmann.

Kurze Nachrichten aus Baden

Art. 35 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes 12, folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: über die Begriffsbestimmung der Vermessungsämter; die Ausführung der Grundbuchordnung (Grundbuchausführungsverordnung); zum Vollzug der zweiten Verordnung zur Durchführung des Artikels I der Dritten Steuernabänderung vom 24. Mai 1924 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 561) des Ministers des Innern: über den Verkehr mit Milch; des Justizministers: über die Umschreibegelder.

★ Teppich-Huber
Gardinen für jeden Geschmack
Karlsruhe, Kaiserstraße 235, kein Laden.

DZ. Seibersberg, 9. Juli. Die Redaktionsbesprechung ist nach Beendigung des Streiks wieder aufgenommen worden.

ep. Wiesloch, 9. Juli. Am letzten Sonntag fand hier das Landesbibelfest der Badischen Bibelgesellschaft statt. Ihr Vorstand, Prälat D. Schmittner, hielt vormittags einen Kindergottesdienst. Von 12-1 Uhr trugen Posaunenchor vor dem Pfarrhaus verschiedene Musikstücke vor. Die eigentliche Feier begann sich nachmittags in der mit Blumen ausgeschmückten, altherwürdigen Kirche. Stadtpfarrer Arnold begrüßte und Kirchenrat Oberhofprediger Fischer-Karlruhe hielt die Festpredigt.

DZ. Forzheim, 9. Juli. Stadtpfarrer und Dekan Roggenburger ist gestern gestorben. Er konnte in diesen Tagen sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. 29 Jahre diente er der Stadt Forzheim.

WV. Ettlingen, 9. Juli. Nachdem bereits in den letzten Tagen ein Betrieb nach dem Abbruch bei der Ettlinger Spinnerei und Weberei allmählich wieder in Gang gekommen war, hat heute auch in dem letzten, bisher noch ruhenden Betriebszweig, in der Weberei, die Arbeit wieder aufgenommen werden können. Einige der in den Ausfall getretenen Leute, die freistlos entlassen worden waren, sind nicht wieder eingestellt worden.

DZ. Rendsch, 5. Juli. Zur Grimmelschäufelfeier. Das Grimmelschäufelfest am 13. Juli nimmt größere Dimensionen an, als man dachte. Von allen deutschen Gauen kommen Anfragen wegen des Festes. Anfragen, besonders für die Presse, sind an Professor Dr. Bayer, Schriftführer des Historischen Vereins für Mittelbaden, Offenburg oder an Kunstmalers Gotthard Rendsch zu richten.

DZ. Offenburg, 8. Juli. (Von der Schweizerhilfe). Die Schweizer Suppenküche der Stadt Offenburg am 28. Juni eingeteilt, da die Vorräte erschöpft waren. Sie dauerte vom 17. März bis jetzt.

DZ. Emmendingen, 9. Juli. Unweit des Dorfes Rönningen, etwa 3 Kilometer von Emmendingen, ging heute mittags gegen 12 Uhr ein französischer Militärhubschrauber zu einer Notlandung nieder. Die zwei Insassen waren am Morgen von Dödenhofen zu einem Übungsflug über Trier und Donauwörth aufgestiegen und hatten von letzterem Ort anstatt südwärts, eine südöstliche Richtung eingeschlagen. Das Flugzeug war völlig intakt, so daß der Weiterflug hätte vor sich gehen können, wenn der Motor nicht versagt hätte. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß die beiden Führer mit ihrem Flugzeug nicht sonderlich vertraut waren. Wie wir jedoch nachträglich erfahren, hat das Flugzeug gegen Abend seinen Flug fortgesetzt.

DZ. Freiburg, 9. Juli. Wie das Weinbauinstitut in Freiburg bekannt gibt, ist an zahlreichen Stellen des Landes der Mehltau aufgetreten, sobald es nötig ist, die Reben sofort zu schwefeln, wo dies noch nicht geschehen ist.

DZ. Freiburg i. Br., 8. Juli. Nachdem nun die Voruntersuchung gegen den Doppelmörder Wilhelm Gundert abgeschlossen ist, findet die Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht voraussichtlich am Freitag, den 18. Juli statt. Bekanntlich hat der Angeklagte Anfangs November vor. J. S. das Ehepaar Köpfer in Saig im Bezirk Neustadt erschossen, und darnach von dem Anwesen der Ermordeten Besitz ergriffen.

WV. Donaueschingen, 10. Juli. Gestern Abend gegen 6.30 Uhr ereignete sich am Bahnübergang Donaueschingen-Allmendingen, wo sich allabendlich zwei Züge aus der Richtung Donaueschingen und der Richtung Konstanz kreuzen, ein schweres Unglück. Durch die Vergeßlichkeit eines Schrankenwärters wurde die Schranke am Bahnübergang zu früh geöffnet, so daß die dort wartenden Personen den Bahnübergang überschritten, als gerade der von Konstanz kommende Güterzug heranbraute. Der 16jährige Bauknecht Thoma aus Hüfingen, der auf seinem Rad das Gleis passierte, wurde von der Lokomotive erfasst und zu Boden geschleudert. Er trug einen schweren Schädelbruch davon, an dessen Folgen er heute früh gestorben ist.

DZ. Konstanz, 9. Juli. Zum 13. Badischen Kreisturnfest. Das Festprogramm ist durch Vereinbarung zwischen dem Kreisturnwart und dem Verein Konstanz 1862 nunmehr festgestellt; es umfaßt die Tage vom Samstag, den 16. August bis Dienstag, den 19. August. Die Turnerinnen begehen dieses Jahr zum erstenmal ein eigenes Kreisturnfest, das am 2. bis 4. August in Forzheim stattfindet.

DZ. Vom Untersee. In den letzten Tagen ist das Hochwasser merklich zurückgegangen und man hofft, es bald loszuwerden, denn an den Häusern und Liegenständen am See wurde vielfach großer Schaden angerichtet.

DZ. Insel Reichenau, 8. Juli. Die für dieses Jahr in Aussicht genommene 12. Jahrbundfeier der Gründung des Klosters Reichenau kann nunmehr infolge unüberwindlicher Schwierigkeiten dieses Jahr doch nicht abgehalten werden und wird voraussichtlich nächstes Jahr am Ende der Pfingstwoche zusammen mit dem Heilig-Blut-Fest begangen werden.

DZ. Cannstatt, 10. Juli. Das Schöffengericht hat in dem Prozeß wegen des Cannstatter Eisenbahnunglücks den Hauptangeklagten Mele zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr drei Monate verurteilt. Außerdem wurde dem Angeklagten die Fähigkeit zur Übernahme einer Stelle im Eisenbahndienst aberkannt. Die Angeklagten Girschbaum und Kellermann wurden freigesprochen.

Vom Schwarzwaldrachtenverband. Das zweite Fest der Heimabläuter des Schwarzwaldrachtenverbandes, betitelt „Unterm Rosenhut“, ist schon erschienen. Es enthält in schlichter, aber gefälliger Aufmachung eine Abhandlung über die Umgebung Billings in früheren Jahrhunderten, eine lehrreiche Charakteristik des „alten Frankfurters“, des volkstümlichen, kirchlich verstorbenen Birtes von Beterzell, und eine in volks- und heimatkundlicher Hinsicht interessante Abhandlung vom Herausgeber Dr. Weiß. Alle Abhandlungen sind dem Kirchspiel St. Georgen betitelt. Auch Hermann Burt hat in Gestalt eines Gedichtes aus seiner Sammlung „Die Flügel der Liebe“, ein literarisches Scherlein beigezeichnet. Über die Entstehung eines speziell Schwarzwälder Gewerbes, nämlich der Uhrmacherei, aus dem Vauernium heraus, unterrichtet ein weiterer Artikel, der über diese Frage interessante Aufschlüsse gibt.

DZ. Uraufführungen am Mannheimer Nationaltheater. Intendant Stöckl in Mannheim hat die Tragödie „Nagen“ von Max Frey und eine Komödie von Herbert Kranz, deren Titel noch nicht feststeht, zur Uraufführung am Mannheimer Nationaltheater erworben. Beide Premieren werden Anfang der nächsten Spielzeit stattfinden.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	9. Juli		8. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	158.20	158.00	158.20	158.00
Kopenhagen 100 Kr.	66.85	67.17	66.33	66.87
Italien . . . 100 L.	17.91	17.99	17.91	17.99
London . . . 1 Pf.	18.195	18.285	18.155	18.245
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.42	21.52	21.55	21.65
Schweiz . . . 100 Fr.	75.63	76.01	74.76	75.14
Wien 100000 Kr.	5.915	5.935	5.91	5.93
Brag . . . 100 Kr.	12.275	12.332	12.27	12.33

Stellung über 100 Prozent.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 8. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist nach dem Stand vom 1. Juli (112,6) auf 113,0 oder um 0,5 v. H. zurückgegangen. Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel mit 96,5 (Vorwoche 96,4), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 82,2 (82,6) nahezu unverändert, wogegen Industrieprodukte von 143,1 auf 141,0 oder um 1,5 v. H., davon die Gruppe Kohle und Eisen infolge nachträglicher Berücksichtigung der mit Wirkung vom 1. Juli erfolgten Herabsetzung der Kohlepreise von 136,2 auf 134,0 oder um 1,6 v. H. sinken. Die Metallwaren geben von 102,5 auf 102,1 oder um 0,4 v. H., Einfuhrwaren von 163,2 auf 161,3 oder um 1,2 v. H. nach.

Die Holzverarbeitungs-Industrie AG. Konstanz nimmt gegenwärtig eine starke Herabsetzung ihres Aktienkapitals vor, und zwar soll das Stammkapital auf 10,4 Millionen Goldmark zusammengelegt werden, so daß es damit ganz erheblich unter den Stand von 1914 mit 18 Millionen gebracht wird. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft liegt im ehemaligen Großherzogtum, wo die Gesellschaft eine Reihe von Tochtergesellschaften besitzt.

Norddeutscher Zolltarif. Wie uns die Reichsnachrichtstelle des Auswärtigen Amtes für Außenhandel, Mannheim, mitteilt, wird die Regierungsvorlage über den neuen Zolltarif in diesem Jahre nicht mehr in Behandlung genommen werden. Der Tarifvorschlag soll für das nächste Jahr zeitig durch das Zoll-Komitee vorgelegt werden. Bis dahin wird der gegenwärtige Zolltarif verlängert.

Schweizerischer Rheinschiffahrtkongress in Basel

Am letzten Samstag fand in Basel im Grobstrasssaal die Generalversammlung des Vereins für die Schiffahrt auf dem Oberrhein statt. Der Präsident, Direktor W. Stauffacher, eröffnete die gutbesuchte Tagung. Hierauf wurden die Jahresrechnungen für 1922 und 1923 genehmigt, und mit Genehmigung darauf hingewiesen, daß das Jahr 1923 zum ersten Male wieder nach einer längeren Defizitperiode einen bescheidenen Überschuss aufweist.

Im Anschluß an die geschäftliche Sitzung sprach sodann Baurat Altmaier von der badischen Oberdirektion für Straßen- und Wasserbau in sehr interessanten Ausführungen über das Thema „Wirtschaftliche Betrachtungen zur Rheinschiffahrt Straßburg-Basel-Bodensee“. Nach einem Vergleich der Entwicklung des Warenverkehrs zwischen den Städten Basel und Mannheim betonte der Redner die Notwendigkeit für Basel, daß derjenige Teil des vorhandenen Verkehrs, der über den Bittelshausweg zum Rhein fließt, auf die Schiffahrt übergeht. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen wies der Vortragende sodann an Hand von statistischem Material nach, daß die Schiffahrt nach dem Bodensee wirtschaftlich ebenso berechtigt ist, wie diejenige nach Basel oder nach Mannheim, da die Transportkosten auf dieser Strecke trotz der durch die Schleusen verursachten Auf- und Abgaben im Durchschnitt nicht höher sind wie auf anderen Stromstrecken.

Verschiedenes

Der erste Postflug Berlin-Konstantinopel. Das am Samstag in Berlin zum ersten Postflug nach Konstantinopel und Angora aufgesetzene Junker-Kurierflugzeug ist mit einer Zwischenlandung in Budapest am Sonntag Abend nach fünfzehnstündigem Flug in Konstantinopel glatt gelandet. Dort wurde die Maschine auf das mitgeführte Landfrachtgut gesetzt, um nach Angora weiterzufahren.

Ueber einen Anschlag auf die Munitionsmagazine in der Lemberger Vorstadt Janow.

Die Arbeiter der Munitionsmagazine, ein demobilisierter Wachmeister der polnischen Armee, legte unter das Gebäude, in dem sich über 200 Baggas Artilleriegeschosse und Dynamit befanden, eine Gasmaschine, deren Uhrzeiger auf nachmittags 4 Uhr gestellt war. Das gefährliche Vorhaben wurde von einem zweiten Arbeiter der Munitionsmagazine zufällig beobachtet, der sofort die Lemberger Polizeidirektion verständigte. Der Täter wurde verhaftet und gestand, daß er die Wäsche gehabt habe, die Munitionsmagazine in die Luft zu sprengen. Im Verlaufe der Vernehmung nannte der Festgenommene den Namen eines ukrainischen Eisenbahnfunktionärs, der selbst das Explosionsmaterial zur Verfügung gestellt habe. Die Lemberger Blätter bemerken, daß wenn es gelungen wäre, den verdeckt betriebenen Anschlag auszuführen, die Hälfte der Stadt dem Erdboden gleichgemacht worden wäre.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Das Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in München.

Als Nachfolger des Generalkonsuls Milanowitsch ist Herr Blaboslav Sabitch zum jugoslawischen Generalkonsul in München ernannt worden. Derselbe wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden einreisen zugelassen.
Karlsruhe, den 5. Juli 1924.

Badisches Staatsministerium.
Köhlert.

Fahrplanänderungen.

Vom Sonntag, den 13. Juli an hält der Zug 1292 (F), Raftatt ab 8.30 Nachm. in Durmersheim, an 9.00 Karlsruhe an 9.12 Nachm. Der Zug 3204, Laß-Dinglingen ab 6.00, Freiburg an 7.10 Vorm. verkehrt künftig auch an Sonn- und Feiertagen; als Gegenzug wird der Zug 3223, Freiburg ab 8.12 Laß-Dinglingen an 10.00 Nachm. vom 12. Juli an auch Samstags geführt. Vom Montag, den 14. Juli an verkehrt der Zug 338, bisher Lauda ab 4.45 Vorm. bis Eubigheim durchweg 3 Minuten früher; Lauda ab 4.55 Königs-Hofen 4.00 Unterzöfing 4.05 Schweigen 6.00, Vörsberg-Bödingen 5.00, Wiffingen 5.15 Eubigheim an 5.20 ab 5.45 Vorm. wie bisher. Vom gleichen Tag an wird der Zug 6048, bisher Lauda ab 6.45 Nachm. bis Osterburken früher geleitet; Lauda ab 6.25 Königs-Hofen 6.30 und durchweg 7 Minuten früher, Osterburken an 8.15 Nachm.

Hypotheken-Baudarlehen 1924

Fragebogen 12 Bfg.
Neue Bestimmungen über Wohnungsbaudarlehen 1924
Preis 5 Bfg.
Erhältlich bei
Verlag G. Braun & Co. m. b. H.
Karlsruhe, Karlsruherstraße 14

Die Handwerkskammerwahlen 1924 betr.
Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung obigen Betreffs vom 23. Mai 1924 in den Tageszeitungen machen wir die gewerblichen Vereinigungen, die im Amtsbezirk Karlsruhe ihren Sitz haben, darauf aufmerksam, daß die Frist zur Anmeldung der Wahlberechtigung für die Handwerkskammerwahlen am 29. Juli d. J. abläuft.
Karlsruhe, den 9. Juli 1924. B. 960
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Der Stadtrat hier hat die Änderung der Baufluchten in der Hindenburgstraße beantragt. B. 959
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städtischen Tiefbauamts aufgelegt.
Karlsruhe, den 7. Juli 1924. D. 3. 81
Badisches Bezirksamt III.

Durch den Bezirksrat wurden die Straßen- und Baufluchten im Bahnhofsgelände festgestellt. Die Pläne liegen während zwei Wochen beim städt. Tiefbauamt zur Einsicht auf.
B. 957
Karlsruhe, den 4. Juli 1924. D. 3. 78
Badisches Bezirksamt.

Der Stadtrat hier hat die Änderung der Baufluchten im Gebiet zwischen Mottestraße und Kaiserallee östlich der Mädelstraße beantragt. B. 958
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städtischen Tiefbauamts hier zur Einsicht auflegen.
Karlsruhe, den 7. Juli 1924. D. 3. 80
Badisches Bezirksamt III.

Beachten Sie meine Spezialfenster
Kissels Tischwein, Flasche M. 1.05
Haushaltwein, F.L.M. — 95
Moselwein, F.L.M. 1.10
Enkircher Steffensberg, Ia. Mosel, Flasche M. 2.60
Franz. Natur-Rotwein, Flasche M. 1.40
Südfranz. Rotwein, Flasche M. 1.80
Süßen Samsowein, Flasche M. 2.10
Dessert- und Krankwein, Flasche M. 2.40
Alten Malaga, Flasche M. 2.80
bei
Kissel
Metallbetten
Stahlmatt., Rinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Südt. (Zür.)

Jüngerer Verwaltungsoffizient
in einer Stadtgemeinde, mit entsprechenden Kenntnissen im Verwaltungsfach, im Wohnungs- und Fürsorgewesen und Erfahrung in der Grundbuchführung, selbst. Arbeiter, sucht Stellung in gleicher oder ähnlicher Eigenschaft. Medaillen an der Expedition der Karlsruher Zeitung.
B. 952. Karlsruhe. Durch
Auswahlurteil des Bad. Amtsgerichts B I in Karlsruhe vom 3. Juli 1924 ist der Hypothekenbrief, ausgestellt über die im Grundbuch Karlsruhe Band II, Heft 2, Sp. III Abt. Nr. 5 zu Gunsten der Städtischen Spar- und Pfandkassens

Karlsruhe auf dem Grundstück Lq. Nr. 10085, Raftattstr. 73, der Gemauertung Ruppert, Eigentum des Mineralwasserfabrikanten Josef Guber in Karlsruhe-Ruppert, Raftattstr. 71, eingetragene Pfandhypothek in Höhe von 9000 M. für kraftlos erklärt worden.
Karlsruhe, 3. Juli 1924.
Gerichtsschreiber
des Bad. Amtsgerichts B I.
B. 953. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma August Dittus in Karlsruhe wird heute am 7. Juli 1924, nachmittags 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner den Antrag gestellt und seine Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit nachgewiesen hat. Der Kaufmann Moritz Geißlerfeld hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines oder zweier Kommissarien oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 des Konkursordn. bezeichneten Gegenstände am 15. August 1924, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 1. September 1924, vormittags 11 1/2 Uhr, Rademierstraße 4, II. Stock, Zimmer Nr. 151, Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Bestiz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. August 1924 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, 7. Juli 1924.
Gerichtsschreiber
des Bad. Amtsgerichts A 4.

Bericht. Bekanntmachungen
Räumung des Niederwäherbotts der Elz zwischen Leningen und Riegel.
Wir beabsichtigen den Aushub und die Lagerung hinter dem Hochwasserdamm von beiläufig 2000,00 cbm Flußschotter aus der verschütteten Elzsohle zwischen der Gaisbad- (Feuerbach-) Mündung und Dreifamündung oberhalb Riegel, gegebenenfalls auch mit Überlassung des Materials (bestes Betonmaterial, bis zur Hälfte schärfster Flusssand) in 4 Lagen zu verlegen. Angebote sind bis Samstag, den 19. Juli d. J., vormittags 10 Uhr, schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Sohlenräumung“ versehen bei uns einzureichen. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Bauamt offen. Angebotsformulare, in denen die Verteilung enthalten ist, werden auf dem Bauamt abgegeben oder auf Anforderung per Post zugesandt. Meinaffordanten, denen Rollwagengleis und Rollwagen nicht zur Verfügung stehen, kann dieses Material unter der Bedingung der Zustandhaltung zur Verfügung gestellt werden. Wer das Gleis mit Rollwagen gestellt haben will, muß dies im Angebot besonders bemerken. B. 936
Ferner suchen wir gegen Miete zu leihen 500—700 qm. Meter Rollwagengleis, 50 oder 65 cm Spurweite, und 10 Rollwagen vom 20. Juli an auf 1/2 Jahr. Angebote hierauf wollen zum 15. bei uns eingereicht werden. Wegen Auskunft wolle man sich an uns oder Oberdammeister Wäber, Wäberhofstraße 16, hier wenden.
Bad. Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen.